

Liebe Landwirtinnen und Landwirte, liebe Mitglieder des Kreislandvolkverbands Friesland und Wesermarsch e. V.,

zunächst möchte ich herzlich für die eingesandten Fragen bei Ihnen bedanken und bevor ich die Fragen im Einzelnen beantworte und Sie es mir erlauben, kurz auf die allgemeine Situation der Landwirt*innen in Niedersachsen und bundesweit eingehen.

Der Landwirtschaft kommt in diesen Jahren bedingt durch diverse Krisen (Ukraine-Krieg, Pandemie, Inflation und Klimakrise) eine ganz große Bedeutung zu. Die Politik landes-, bundes- und insbesondere EU-weit wird stark von Lobbyisten beeinflusst und gelenkt. Darüber hinaus haben Konzerne dafür gesorgt, dass sich insbesondere in Deutschland eine „Geiz ist geil Mentalität“ etabliert hat. In kaum einem anderen europäischen Land geben die Menschen so wenig Geld für ihre Nahrungsmittel aus wie bei uns.

Dies führte über viele Jahre dazu, dass Sie genötigt waren immer mehr zu produzieren, um auf die nötigen Umsätze zu kommen und andererseits wurden auch Sie durch immer effizientere Züchtungen von Getreidesorten etc. in Abhängigkeit dieser Konzerne gebracht. Das Saatgut wird reglementiert und lizenziert, im Anschluss teuer an Sie verkauft. Auf selbem Wege werden Sie abhängig gemacht, dass Sie oft bei denselben Konzernen Pflanzenschutzmittel und Co zukaufen müssen, um Ihre Ernte zu sichern.

Ich esse sehr gerne Fleisch, vermutlich werde ich den Absprung zum Vegetarismus niemals schaffen, da mache ich mir keine Illusionen. Aber wissenschaftlich gesehen steht fest, dass wir rein ökologisch gesehen deutlich weniger Fleisch produzieren müssen, wenn wir den Klimawandel bremsen möchten. Niedersachsen ist das Bundesland mit der größten Schweine-Fleisch-Produktion. Neben den ökologischen Folgen, die das nach sich zieht, hängt daran ein sehr prekärer Arbeitsmarkt, wenn wir in die Fabriken von Tönnies und Co blicken.

Wenn ich diese Worte also nun an Sie richte, so werten Sie das bitte richtig! Dies ist meinerseits kein pauschaler Vorwurf an Landwirt*innen. Ganz im Gegenteil! Ihnen obliegt eine ganz wichtige gesellschaftliche Aufgabe und Sie sitzen absolut zwischen den Stühlen.

Die ökologische Landwirtschaft ist sicherlich der richtige Weg. Aber die Hürden, allein für das Bio-Siegel, sind zu hoch, um sie allein zu stemmen. Allein in der Umstellung von einem konventionellen Betrieb auf Bio kommt ein hohes finanzielles Risiko auf Sie zu, da Sie mindestens ein bis zwei Jahre ihre Äcker und Co umstellen müssen, um es Bio nennen zu dürfen. Aber wem sage ich das? An dieser Stelle trage ich sicherlich viel Sand zum Strand, wer wird es besser wissen als Sie?

Ich fasse drei grundlegende Probleme zusammen:

1. Der Verbraucher ist nicht bereit das zu zahlen, was Ihre Produkte wirklich wert sind, dadurch sind Subventionen notwendig, die:
2. Von der EU, gesteuert von Lobbyisten, weiterhin auf Masse ausgelegt sind, damit ein günstiger Preis gehalten werden kann. Statt nachhaltige und ökologische Landwirtschaft zu subventionieren und Ihnen die Sicherheit zu garantieren eine Umstellung zu machen.
3. Sie sind abhängig von Konzernen. Wegen des Saatguts, des Hochleistungsfutters, der Pflanzenschutzmittel und Co

Mir ist wichtig, dass wir hier mit den Landwirt*innen zusammenarbeiten zukunftsorientierte Lösungen zu finden. Überproduktionen stoppen, vernünftige Preise an Sie zahlen und das Tierwohl achten.

Aber nun zu Ihren Fragen im Einzelnen:

1. Praktisch im Monatstakt sind unsere Betriebe mit neuen Auflagen konfrontiert, die die landwirtschaftliche Produktion mindern sowie verteuern und eine ausufernde Bürokratie nach sich ziehen – mal auf Landes-, mal auf Bundes-, mal auf Europaebene. Jüngstes Beispiel: Das Vorhaben der EU-Kommission, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln pauschal zu halbieren und in „umweltsensiblen Gebieten“ komplett zu verbieten. Wie soll vor diesem Hintergrund künftig die Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln garantiert werden?

Wie im obigen Anschreiben bereits angedeutet liegt eine große Verantwortung bei der EU. Die EU betreibt „green washing“ auf allerhöchster Ebene und agiert sehr ambivalent. Ich finde es grundsätzlich richtig und wichtig den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren und insbesondere in den „umweltsensiblen“ Gebieten am besten gänzlich einzustellen.

Die EU muss dabei allerdings auch den Tatsachen ins Auge blicken, dass dies den Ertrag reduzieren wird. In der ökologischen Landwirtschaft wird dies schon seit langem so praktiziert. Nicht umsonst sind Bio-Artikel deutlich teurer in unseren Supermärkten. Es sollte meiner Meinung nach klarer Wille der Politik sein, dass wir grundsätzlich nur noch ökologische Landwirtschaft betreiben. Also weg von der flächengebundenen Subvention und hin zur ökologischen Subvention, damit Sie einen stabilen Preis erhalten und die Ernte-Verluste kompensieren können.

Darüber hinaus muss uns Verbraucher*innen jedoch auch klar sein, dass Fleisch aktuell absolut unter Wert verkauft wird. Persönlich beziehe ich mein Fleisch primär (nicht ausschließlich) von einem Direkterzeuger in der Region. Es handelt sich um das bunte Bentheimer Schwein, also eine alte Rasse, das auf Weide gehalten wird. Das Fleisch hat eine deutlich bessere Qualität und einen intensiveren Geschmack. Aber halt auch einen deutlich höheren Preis!

Die Fläche die für Nutztierhaltung benötigt wird ist deutlich zu hoch. Die Alternative, Kraftfutter aus Südamerika zu importieren ein ökologisches Desaster. Fakt ist jedoch: Mit Getreide bekommen wir deutlich mehr Menschen satt!

Kurz und knackig: Die EU und auch die Bundesrepublik müssen hier einen ganz klaren Weg gehen und wir müssen Sie unterstützen. Denn die genannten Krisen der Globalisierung (Pandemie, Ukraine-Krieg) zeigen ganz klar auf, dass wir in der Lage sein müssen uns selbst versorgen zu können.

2. Die Preise für Energie explodieren. Im ländlichen Raum stellen sich dabei noch einmal ganz andere Fragen als in den Städten: Z.B. gibt es viele große und alte, nicht selten denkmalgeschützte Gebäude, die Wege zu Ärzten oder Einkaufsmöglichkeiten sind weit und es fehlen Alternativen zum Auto. Mit welchen Maßnahmen können jetzt gezielt die Menschen im ländlichen Raum entlastet werden?

Also grundsätzlich sehe ich denkmalgeschützte Gebäude nicht als Problem. Ich erfreue mich ihres Anblicks und sie bieten uns einen Einblick in unsere eigene Geschichte. Ich vermute bei diesem Beispiel geht es gezielt um alte Hofstellen, Gehöfte, die oft seit Jahren im Familienbesitz sind und noch betrieben werden. An dieser Stelle stoßen Sie natürlich oft an Ihre Grenzen bei der Bewirtschaftung und Instandhaltung, da sie als Eigentümer*innen Ihnen obliegt. Außerdem sind sie energetisch im Regelfall (nett ausgedrückt) ein schwarzes Loch im Portemonnaie.

Es gibt hierzu in der Tat viel zu wenig, bzw. nicht weit genug gehende Fördermaßnahmen. In manchen Bereichen werden vom Bund die Kommunen mit in die Pflicht genommen, die sich das oft nicht leisten können. Als Beispiel führe ich gern die Möglichkeit an in Neustadtgödens Fördergelder zu bekommen, wenn man den Bestand sanieren möchte. Diese Gelder werden zu je einem Drittel

vom Bund, Land und der Gemeinde übernommen. Dann gibt es jedoch wieder viele Hürden, die genommen werden müssen und in Teilen sind die Vorgaben recht unübersichtlich. Tatsächlich wird diese Möglichkeit in der Gemeinde kaum wahrgenommen. Hier müssen Bund und auch Land deutlich mehr Verantwortung übernehmen und einfacher kommunizieren und bürokratische Hürden abbauen.

Des Weiteren geht es Ihnen aber auch um die Versorgungssicherheit bezüglich Ärzte und Einkaufsmöglichkeiten. Gut an dieser Stelle ist schonmal, dass der Zersiedelung vor Jahren ein Ende gesetzt wurde. Das erschwert einerseits die Versorgung mit Geschäften, andererseits aber auch den flächendeckenden ÖPNV.

Klimapolitisch ist es letzterer, dem eine große Bedeutung zukommt. Mit dem 9-Euro-Ticket haben wir festgestellt, dass wir im ÖPNV kein Nachfrage-Problem haben, sondern ein Angebot-Problem. Vom 9-Euro-Ticket haben insbesondere städtische Regionen und Bürger*innen profitiert und wir auf dem Land haben weitestgehend in die berühmte Röhre geblickt. Das muss solidarisch gelöst werden. Der ÖPNV ist eine gesellschaftliche Aufgabe. Die Menschen in der Stadt wollen versorgt werden, diese Aufgabe übernehmen oft die Menschen auf dem Land. Das kostet Geld, aber es ist eine Investition in unsere Zukunft.

Ich habe in der Schule bereits vor knapp 30 Jahren gelernt, dass wir dem demographischen Wandel geschuldet, den nächsten Wirtschaftsboom im Bereich der Pflege erleben werden. Aufgrund einer völlig katastrophalen Gesundheitspolitik der letzten Bundesregierungen (das geht zurück bis in die 90er), haben wir dies absolut verschlafen. So krass verschlafen, dass wir uns inzwischen in einer Pflegekrise befinden. Auch hier ist die Politik gefragt und wir müssen das gesellschaftlich lösen. Zur umfassenden Pflege gehört für mich auch, dass wir dafür sorgen, dass die ältere Generation weiterhin am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann. Es darf nicht damit getan sein, dass 2x am Tag ein Pflegedienst vorbeischaut und die Socken an und auszieht.

Wir müssen alle Menschen wertschätzen und dürfen sie absolut nicht ausgrenzen. Daher müssen wir die Bedingungen in der Pflege ändern, faire Gehälter zahlen und den Job attraktiv machen. Sie wissen es am besten: Gute Qualität kostet nunmal!

Aber auch Ärzt*innen sind auf dem Land gefragt, das sehen Sie absolut korrekt. Ich weite das jedoch aus und ziehe den Lehrer*innenmangel mit hinzu. Hier müssen wir das Bildungssystem etwas revolutionieren. Der Föderalismus hat seine Stärken und Schwächen, aber die Bildung leidet enorm darunter! Wir haben 16 verschiedene Schulsysteme. Wir haben seit dem Bologna-Prozess zwar internationale Abschlüsse an unseren Universitäten, aber ich darf mit einem niedersächsischen Abitur nicht an einer bayrischen Uni auf Lehramt studieren, etc.

Das ist absolut absurd! Daher sollte der Bund die Bildung zentral steuern. Vor allem aber: Bildung sollte absolut kostenfrei sein in unserem Land. Leider kann sie sich derzeit nicht jeder im vollen Umfang leisten. Hierbei rede ich übrigens nicht nur vom Studium. Auch Meister-Schulen oder andere Schulen, in denen Gebühren genommen werden.

Wir müssen sukzessiv die Studienplätze erhöhen und nicht Leute vom Medizin-Studium abhalten, weil sie „nur“ einen NC von 1,5 erfüllen, statt 1,1 oder 1,0. Letzteres geschieht ja deshalb, weil nicht genug Studienplätze vorhanden sind. Das Lehramtstudium muss revolutioniert werden, damit wir die Chance haben, dass jemand für die Schulen da ist. Ich habe einst versucht Mathematik auf Lehramt zu studieren. Die Studiengänge sind inzwischen absolut auf die Wirtschaft ausgelegt und wöchentlich standen „Head-Hunter“ von Versicherungen und Banken an den Campi und haben versucht Mathe-Student*innen abzuwerben.

Wir müssen jetzt in all diese Maßnahmen investieren, denn der Erfolg ist leider erst in einigen Jahren spürbar!

3. Das Grundgesetz garantiert gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Was steht für die Gewährleistung einer flächendeckenden Grundversorgung im ländlichen Raum ganz oben auf Ihrer Prioritätenliste?

Diese Frage knüpft sehr nah an der zweiten an. In vielen Bereichen habe ich in diesem Sinne wohl dort zu viel geschrieben und hätte mir etwas für hier aufsparen sollen ;-)

Wenn es um die Prioritäten geht, dann würde das entsprechende Ranking anhand der schnellen Umsetzbarkeit wählen. Denn auch, wenn vieles von der EU und noch so einiges vom Bund abhängt, können wir als Bundesland Druck ausüben. Dies sollte geschehen, damit sich langfristig etwas tut.

Aber wir können als Zwischenlösung selbst Förderprogramme entwickeln, um gewisse Dinge schneller umzusetzen. Ggf. müssen wir hierbei etwas kreativ sein, denn Subventionen müssen von der EU genehmigt werden.

In Sachen Bildung sind wir ohnehin gefragt, da mein Wunsch den oben genannt habe, aktuell ja nicht der Realität entspricht. Also müssen wir im eigenen Land hingehen und die Studienplätze erhöhen und notfalls in Konkurrenz zu den anderen Bundesländern treten um Lehrer*innen zu bekommen.

4. Der Wolf vermehrt sich in Niedersachsen weiter exponentiell. Längst werden nicht mehr nur Schafe, sondern auch Pferde und Rinder Opfer von Wolfsrissen, zuletzt im Landkreis Wittmund. Was wollen Sie unternehmen, um diesen Zustand zu beenden und damit die Weidehaltung auch in Zukunft zu ermöglichen?

Den Wolf pauschal zu bejagen und somit pauschal zum Abschuss freizugeben, halte ich für falsch. Allerdings halte ich die Weidehaltung für die artgerechteste Nutztierhaltung, die wir bieten können. Aus diesem Grund muss ein guter Kompromiss gefunden werden.

Die Problematik ist, dass sich der Mensch in den letzten Jahrhunderten das gesamte Land untertan gemacht hat und für Wildtiere kaum noch Platz ist. Dennoch gehen wir aktuell hin und nehmen den Tier- und Artenschutz absolut nicht ernst. Unser Umweltminister selbst schlägt vor in ein bestehendes Vogelschutzgebiet ein Umspannwerk zu setzen. Wenn wir immer wieder Schutzgebiete verlegen, wie es uns in dem Moment passt, dann können wir uns Tier- und Artenschutz auch gleich in die Haare schmieren. Entsprechende Gebiete sind nichts mehr wert.

Mit diesem Hintergrund müssen wir die Bestände jedoch genau beobachten. Wenn die Population zu stark zunimmt und der natürliche Lebensraum nicht mehr genug Nahrung für den Wolf bietet, dann geschieht genau das, was Sie oben angeführt haben oder in den sozialen Netzwerken immer wieder zu lesen ist. Der Wolf kommt in unser Gebiet und reißt auch unsere Nutztiere. Entsprechende Zäune zu bauen, die hoch genug einerseits sind, aber auch tief genug in die Erde gehen, damit der Schutz gewährleistet ist, ist keine Alternative. Die Kosten wären extrem hoch.

Der Wissenschaft sei Dank ist es allerdings möglich festzustellen, ob ein Nutztier wirklich von einem Wolf gerissen wurde, das wird ja bereits so gehandhabt wird. Der o. g. Fall wäre also nachvollziehbar und in meinen Augen steht in einem solchen Fall einem Abschuss nichts im Wege. Prophylaktisch wäre dies jedoch nur möglich, wenn die Wolfsbestände ganz genau nachgehalten und kontrolliert werden. Ein entsprechender Verlust muss kostendeckend erstattet werden.

Ich hoffe, dass Sie meine Antworten weitestgehend zufrieden stellen. Falls Sie oder Ihre Mitglieder weitere Fragen haben, empfehle ich darüber hinaus die URL www.abgeordnetenwatch.de wo Sie mir und auch den anderen Kandidaten öffentlich Fragen stellen können, die entsprechend auch öffentlich beantwortet werden. Dies hilft den Bürger*innen dabei entsprechende Themen auch nach der Wahl nachzuhalten.

Ich danke Ihnen für die Chance meine persönliche Sicht auf einige Dinge sagen zu dürfen und möchte betonen, dass meine Antworten tatsächlich selbst verfasst sind und nicht aus unserem Wahlprogramm stammen, etc..

Mit freundlichen Grüßen,

Torge Heinisch